



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schnitzler

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: norbert.schnitzler@stadt-koeln.de

Datum: 10.09.2009

Niederschrift

über die **39. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2004/2009 am Montag, dem 07.09.2009, 15:05 Uhr bis 16:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen Grüne

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Helga Schlapka	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Alfred Hoffmann	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Astrid Reimers	Grüne
Frau Yvonne Gebauer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Manfred Rouhs	pro Köln
Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Klette	auf Vorschlag der SPD

Frau Marianne Wolf

auf Vorschlag der FDP

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel

SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Brigitte Spielberg

auf Vorschlag der SPD

Herr Marc Müller

Grüne

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özkücük

LDK

Verwaltung:

Herr Dr. Höver

Verwaltung und Protokoll:

Herr Schnitzler

Fachamt:

26, Herr Klein

37, Herr Dr. Schmidt

40, Herr Konrads

69, Herr Matzel

Polizei, Herr Groß

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Lärmmessungen in der Eifelstraße
1511/2009
- 1.2 Eingabe zu einem ordnungsrechtlichen Verfahren (Az.: 02-1600-16/09)
hier: Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 04.05.2009; TOP 1.2
2696/2009
- 1.3 Eingabe für die Einrichtung eines Grünvorlaufs für Radfahrer
hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.03.2009, TOP 3.1
2502/2009
- 1.4 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

- 2.1.1 Anfrage von Frau Schultes zum Radweg Severinsbrücke
- 2.1.2 Anregung von Frau Schlapka zu Befragungen in den Zügen der KVB
- 2.1.3 Anregung von Frau Wolf hinsichtlich Unterlagen zum Thema "Lärmmessungen in der Eifelstraße"
- 2.1.4 Anregungen von Herrn Klein zu Straßenerneuerungsmaßnahmen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

- 3.1 Eingabe zur Benutzbarkeit der U-Bahnhaltestelle Breslauer Platz/Hauptbahnhof (Az.: 02-1600-21/09)
2930/2009

- 3.2 Eingabe für die Erstellung einer Prioritätenliste für ein Sicherheitskonzept für die Kölner Schulen (Az.: 02-1600-43/09)
2900/2009

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

- 4.1 Eingabe zu Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen

5 Anfragen

- 5.1 Mündliche Anfragen

- 5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Lärmmessungen in der Eifelstraße 1511/2009

Die Behandlung des Themas wird in die nächste Sitzung vertagt.

1.2 Eingabe zu einem ordnungsrechtlichen Verfahren (Az.: 02-1600-16/09) hier: Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Be- schwerden am 04.05.2009; TOP 1.2 2696/2009

Frau Schmerbach bezieht sich auf die Aussage in der Mitteilung der Verwaltung, dass im öffentlichen Straßenland keine „Notfallparkplätze“ eingerichtet werden können. Sie hält es für denkbar, dass solche Plätze auf den Grundstücken der Krankenhäuser realisiert werden und die ordnungsgemäße Benutzung auch durch die Krankenhäuser kontrolliert wird. Denkbar sei z.B. eine kurzzeitige Nutzung unter Verwendung einer Parkscheibe.

Frau Gebauer regt an, den Vorschlag an die Kliniken der Stadt Köln weiterzuleiten.

Der Vorsitzende bittet, auch den Antragsteller entsprechend zu informieren.

1.3 Eingabe für die Einrichtung eines Grünvorlaufs für Radfahrer hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 10.03.2009, TOP 3.1 2502/2009

Frau Schmerbach regt an, die Mitteilung auch an den Antragsteller weiterzuleiten.

1.4 Rückschau zu den Beschlüssen des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

Haus Raderberger Str. 202

Frau Dr. Reimers kritisiert, dass in der Sachstandsdarstellung nicht zu der Forderung des Ausschusses, auf den Investor einzuwirken mit dem Ziel, das Gebäude ganz oder in Teilen zu erhalten, eingegangen wurde.

Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass es sich bei dem Sachstandsbericht um eine Zwischenmitteilung handelt.

Der Ausschuss bittet einvernehmlich die Verwaltung, in diesem Sinne tätig zu werden.

Toilettenanlagen Rheinpark

Frau Schmerbach hält es für sinnvoll, dass die Toilettenanlage im Parkcafe des Rheinparks im Oktober aufgrund der vielfach noch angenehmen Witterung länger als bis 17 Uhr geöffnet ist; Ziel sei eine Öffnungszeit bis 19 Uhr. Eventuell könnte im Gegenzug dafür die Öffnungszeit im Januar auf 17 Uhr reduziert werden.

Die anderen Ausschussmitglieder unterstützen diesen Vorschlag.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Anfrage von Frau Schultes zum Radweg Severinsbrücke

Frau Schultes bezieht sich auf die „Eingabe für eine andere Verkehrspolitik (Az.: 02-1600-34/08)“ und in diesem Zusammenhang auf die Ortsbesichtigung zum Radweg auf der Severinsbrücke. Sie erbittet einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der Vorschläge des Ausschusses

2.1.2 Anregung von Frau Schlapka zu Befragungen in den Zügen der KVB

Frau Schlapka bezieht sich auf eine Veröffentlichung der KVB AG in KÖLNTAKT vom September 2009 zu Fahrgastbefragungen im Auftrag des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. Wie der Veröffentlichung zu entnehmen ist, sollen die Umfragen völlig anonym durchgeführt werden. Frau Schlapka berichtet, dass sie in einer Bahn der Linie 1 befragt wurde, dabei sei auch nach ihrem Fahrticket gefragt worden. Sie habe auch beobachtet, dass bei anderen Fahrgästen ein Ticket mit einem Kontrollgerät ausgelesen wurde, dabei sei die Anonymität sicherlich nicht mehr gewahrt. Sie hält es nicht für korrekt, dass Befragungsaktionen mit Ticket-Kontrollen verknüpft werden.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die KVB AG bzw. den VRS zu bitten, Fahrgastbefragungen und Ticket-Kontrollen sauber zu trennen.

2.1.3 Anregung von Frau Wolf hinsichtlich Unterlagen zum Thema "Lärmmessungen in der Eifelstraße"

Frau Wolf regt an, die umfangreichen Beratungsunterlagen zur Eingabe „Lärmmessungen in der Eifelstraße“ zu verwahren, bis die Angelegenheit im neu gebildeten Beschwerdeausschuss abschließend beraten ist.

2.1.4 Anregungen von Herrn Klein zu Straßenerneuerungsmaßnahmen

Herr Klein teilt mit, er sei von Anwohnern in Köln-Höhenhaus darüber informiert worden, dass Straßenlampen und Fahrbahndecken unter Kostenbeteiligung der Anwohner erneuert würden, ohne dass dafür aus Sicht der Anwohner eine Notwendigkeit bestehe; auch seien die Anwohner nicht rechtzeitig über die Maßnahmen informiert worden.

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die Verwaltung und die Rheinenergie zu bitten, die Anwohner rechtzeitig über solche Maßnahmen zu informieren, die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen darzulegen und offenzulegen, welche Kosten für die Anwohner entstehen.

2.2 Schriftliche Anfragen - keine -

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW

3.1 Eingabe zur Benutzbarkeit der U-Bahnhaltestelle Breslauer Platz/Hauptbahnhof (Az.: 02-1600-21/09) 2930/2009

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

Herr Matzel, 69 Amt für Brücken und Stadtbahnbau, nimmt kurz Stellung für die Verwaltung. Er betont, dass bereits bei den Planungen zur Nord/Süd-Stadtbahn vorgesehen wurde, die Haltestelle Breslauer Platz vor Fertigstellung der neuen Stadtbahnstrecke in Betrieb zu nehmen.

Frau Schmerbach regt an, im Beschlussvorschlag auf das Wort „möglichst“ zu verzichten.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Antragsteller für die Initiative und bittet die Verwaltung, zusammen mit der KVB darauf hinzuwirken, dass die Haltestelle Breslauer Platz/Hauptbahnhof wie in Aussicht gestellt zum Fahrplanwechsel im Dezember 2010 wieder in Betrieb genommen wird.

Die Angelegenheit soll der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Eingabe für die Erstellung einer Prioritätenliste für ein Sicherheitskonzept für die Kölner Schulen (Az.: 02-1600-43/09) 2900/2009

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller erläutert die Eingabe. Ihm sei aufgefallen, dass in den Treppenhäusern in Bonner Schulen Meldeeinrichtungen für Hausalarm installiert sind; in Kölner Schulen seien Alarmierungseinrichtungen offensichtlich lediglich im Hausmeisterbüro oder im Sekretariat installiert. Er vermute daher Defizite in den Kölner Schulen.

Herr Klein, 26 Gebäudewirtschaft, erläutert, dass beabsichtigt ist, in allen Kölner Schulen gelbe Alarmierungsschalter für Amokalarm zu installieren. Um Missbrauch zu verhindern, sollen je ein Alarmierungsschalter in die Hausmeisterloge und das Sekretariat oder Lehrerzimmer eingebaut werden.

Herr Dr. Schmidt, 37 Berufsfeuerwehr, erklärt die verschiedenen Alarmierungseinrichtungen. So seien die roten Meldeeinrichtungen z.B. für Feueralarm in publikumsintensiven Gebäuden (z.B. Hotels, Bahnhöfe) vorgeschrieben; mit den blauen Schaltern würden z.B. Hausalarme ausgelöst. Die gelben Schalter wären jetzt neu und würden zur Auslösung von Amokalarmen verwendet. Durch einen anderen Alarmierungston soll ein bestimmtes Verhalten (z.B. Verbleib in der Klasse) erzielt werden.

Herr Thelen führt aus, dass an einer ihm bekannten Schule über Lautsprecher im Amokfall ein vorher festgelegter codierter Hinweis durchgesagt wird. Aus seiner Sicht ist diese Vorgehensweise sinnvoller als ein Alarmton, da ein Verwechseln der Alarmierungstöne nicht ausgeschlossen werden kann.

Herr Klein ergänzt, dass über Lautsprecheranlagen die Codierungswörter eventuell je nach Bedrohungslage noch variiert werden können.

Herr Groß von der Polizei führt aus, dass es zur Lösung des Problems keine Patentlösung gibt. Da Schüler vielfach schwer durchschaubar seien, sei ungewiss, wie sie auf die eine oder andere Alarmierungsart reagieren. Lehrer und Schüler müssten auch situationsbedingt handeln, starre Verhaltensregeln könnten manchmal schaden. Die Lehrer und Lehrerinnen seien wichtig für das möglichst richtige Verhalten der Schüler.

Herr Thelen macht deutlich, dass man im Ausschuss nur auf das Problem aufmerksam machen kann, Details könnten in diesem Rahmen nicht gelöst werden. Der Fachausschuss müsste die Arbeit der Verwaltung begleiten.

Frau Holländer regt an, die Verwaltung zu bitten, die Liste der Sicherheitseinrichtungen an den Schulen für alle Kölner Schulen -sortiert nach Bezirken- zu erstellen.

Herr Konrads, 40 Schulverwaltungsamt, beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Er weist darauf hin, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der bestmöglichen Amok-Alarmierung noch in der Meinungsfindung befindet. Ziel sei es zunächst, bis Ende 2009 alle Kölner Schulen mit einem gelben Alarmierungsschalter für einen zweiten Alarmton auszustatten.

Frau Wolf fragt, ob Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Thema für das Lehrpersonal geplant sind.

Herr Groß von der Polizei antwortet, dass im Jahre 2007 alle Schulen über das Thema „Verhalten im Amokfall“ informiert wurden. Zusätzlich würden die Bezirksbeamten einmal jährlich die Schulen in ihrem Bezirk aufsuchen. Die Bezirksbeamten seien auch jederzeit zu dem Thema ansprechbar.

Frau Gebauer vertritt die Auffassung, dass man dem Anliegen des Antragstellers durch die umfangreiche Diskussion sicher schon Rechnung getragen hat.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Antragstellern für die Anregung und bittet die Verwaltung, ihre Bemühungen zur Erhöhung der Sicherheit an Kölner Schulen fortzusetzen. Die Verwaltung wird gebeten, den Schulausschuss und die Bezirksvertretungen über die Fortschritte zu informieren und für alle Schulen eine Liste der Sicherheitseinrichtungen -sortiert nach den Bezirken- zu erstellen und dem Schulausschuss, den Bezirksvertretungen und dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

4.1 Eingabe zu Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen (Az.: 02-1600-48/09)

Herr Dr. Höver erläutert kurz den Sachverhalt.

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen **- keine -**

5.2 Schriftliche Anfragen **- keine -**

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NW **- keine-**

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die erfolgreiche und gute Zusammenarbeit in der nunmehr ablaufenden Ratsperiode. Sein besonderer Dank gilt den Ausschussmitgliedern, die jetzt ausscheiden.

Herr Dr. Höver bedankt sich für die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Thelen
Ausschussvorsitzender

Schnitzler
Schriftführer